

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

seit einigen Wochen diskutiert ganz Deutschland die rechtsextreme Terrorserie, der eine ganze Reihe von Menschen zum Opfer fielen. Diese Erkenntnis hat uns alle geschockt.

Die Reaktionen reichten von Kopfschütteln über Bestürzung bis hin zu panikartigen Reflexen. Sind wir geschockt? Ja. Aber sind wir überrascht? Ich saß vor dem Radio und es lief mir eiskalt den Rücken herunter.

Aber war waren diejenigen, die sich über die Aktivitäten von Neonazis informiert hatten, wirklich überrascht, dass so etwas möglich sein konnte? Kein Bisschen.

182 Morde durch Neonazis seit 1990 waren hinlänglich bekannt und wurden immer wieder öffentlich angeprangert. Übergriffe auf Ausländer – man denke nur an Rostock Lichtenhagen oder (weniger bekannt, aber deshalb nicht weniger erschreckend) Hannover Mitte – waren ebenfalls keine Seltenheit.

Naziaufmärsche, bei denen im Vorfeld oder im Anschluss braune Mobs durch die Straßen zogen und wahllos links aussehende Jugendliche oder Migranten attackierten? Oder in Empelde versuchen, mit Knüppeln und Latten eine ganze S-Bahn zu stürmen? Nichts Neues.

Und was wurde bisher getan?

Es ist schrecklich, dass Präventiv- und Aussteigerprogramme gekürzt oder gleich ganz abgeschafft werden. Es ist falsch, dass die Landeszentrale für politische Bildung geschlossen wurde. Und es ist fatal, wenn Scharfmacher von Schönemann bis Friedrich jahrelang das rechte Auge zudrücken und die Gefahr immer nur von links kommen sahen.

Kommen wir zu der Frage, wie es hier vor Ort aussieht.

Lassen Sie mich vorweg folgende unpopuläre Feststellung machen:

Hannover hat ein Naziproblem!

Es fängt an mit Aufklebern an unzähligen Laternen in der ganzen Stadt. Rechte Zeitungen werden vor Schulen verteilt oder Flyer direkt in Briefkästen verstaut. In Bad Nenndorf findet jährlich eine der größten rechten Demonstrationen Deutschlands statt – mit dem Ziel, Hannover zum Nazistützpunkt in Norddeutschland auszubauen. Auch die Neuen Medien nutzen die Nazis. Der hannoversche Stadtverband der Grünen wurde bei Twitter von der Nazigruppe Besseres Hannover beobachtet.

Und wir wurden darüber in Kenntnis gesetzt, dass auch Vereine, Personen und Institutionen aus Hannover auf der „braunen Liste“ – auf einer Abschussliste der zwickauer Zelle – zu finden waren.

Es ist also kein diffuses agieren der Rechten, die hier und da mal eine Aktion machen. Es handelt sich um einen gezielten Kampf gegen alle, die sich gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus engagieren.

Gewalttätige Übergriffe auf Menschen, die entweder falsch aussehen, oder sich falsch verhalten, sind keine Seltenheit. Braune Mobs, die entweder betrunken grölend durch die Straßen ziehen und Passanten bedrohen, oder sich Masken aufsetzen und mit Fackeln über den Kantplatz ziehen, ebenfalls. Bei Veranstaltungen der Grünen gab es Auftritte von Rechten, die antisemitische Parolen verbreiteten. Ein mal schlug ein Nazi einer Teilnehmerin ins Gesicht.

Und in Frühjahr 2009 wurde ein Wahlkampfstand der Grünen gezielt von einer Gruppe Nazis angegriffen, Infomaterial zerstört, Mitglieder wurden beschimpft, angespuckt und bedroht.

Festzuhalten bleibt: Das Auftreten ist provokativ und dreist. Vom Fototermin vor der Universität bis zum Kneipenabend in der Innenstadt fühlen sie sich in unserer Stadt weiterhin sicher. Und trotz der aktuellen Debatte um die Morde der Zwickauer Zelle treten sie immer noch offen aggressiv auf. Der Barsinghausener Falkenkeller, den bereits im Jahr 2002 eine Gruppe Nazis mit Eisenstangen gestürmt, weitgehend zertrümmert und einige Gäste krankenhausreif geschlagen hatte, wurde im vergangenen Monat wieder mehrfach Ziel rechter Attacken. Und bei einer Veranstaltung des DGB setzten sie sich einfach ins Publikum, um genüsslich ihre menschenverachtenden Thesen zu verbreiten.

Wo steht die hannoversche Stadtpolitik? Die NPD ist bei den vergangenen Kommunalwahlen nicht angetreten. Ist das der Beweis, dass wir kein Naziproblem haben? Mitnichten! Uns allen ist bewusst, wer in der Vergangenheit mit seinen ekelhaften tendenziös rassistischen Thesen versucht hat, die braune Brut auf seine Seite zu ziehen.

Was wir brauchen, ist ein gemeinsames Eintreten gegen Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit. Dazu braucht es eine vertrauliche Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt und mögliche Aussteiger. Wir müssen verhindern, dass die NPD oder rechtsextreme Burschenschaften in städtischen Einrichtungen wie dem HCC Räume mieten. Wir müssen Gruppen vom DGB über das „Bündnis Bunt statt Braun“ bis hin zu Einrichtungen wie dem UJZ Kornstraße bei ihrer Arbeit unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht auf dem rechten Auge blind sein. Und wir müssen uns weiter dafür einsetzen, dass rechte Spinner bei uns keinen Platz haben. Weder als Terroristen, noch als Freie Kameradschaften, noch als Wählergemeinschaft oder in sonst irgendeiner Art und Weise!!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!